

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 9

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer
Grundsteuer- und Gewerbesteuerbremse im
Kommunalen Finanzausgleich**

Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP – Drs. 18/4496

während der Plenarsitzung vom 10.09.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Ich bin immer wieder begeistert, wie gut Sie unseren Koalitionsvertrag kennen. Es ist ja nicht das erste Mal, dass es Ihnen mit der Umsetzung unserer Vorhaben nicht schnell genug geht. Auch mit Ihrem Antrag zur Verwaltungsreform meinten Sie, uns an unsere Vereinbarung erinnern zu müssen.

Ich verstehe das gut. Geduld gehört auch nicht zu meinen starken Seiten. Aber auch heute muss ich Sie wieder enttäuschen. Unseren Ankündigungen im Koalitionsvertrag, auf die Sie mit Ihrem Antrag sicherlich anspielen, sollen selbstverständlich auch Taten folgen. In den aktuellen Haushalt haben wir eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt, aus deren Mitteln das von Ihnen beschriebene Problem fundiert begutachtet werden soll.

Verabredet ist, dass dies im Laufe des kommenden Jahres abgeschlossen sein soll und wir dann zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden mögliche Konsequenzen prüfen können. Eine vorschnelle Entscheidung – vor allem vor genauester Begutachtung – halte ich für absolut fehl am Platze. Es gilt, zu viele Unbekannte auszuschließen: In welchem Verhältnis würde das Gesetz zur Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen stehen? Können Kommunen, die durch das Gesetz ggf. schlechter gestellt werden, einen finanziellen Ausgleich verlangen? Und: Wie können etwaige Mehrausgaben ggf. kompensiert werden?

Die bloße Aussage „Keine finanziellen Auswirkungen“ in Ihrer Gesetzesbegründung liest sich erst mal gut, doch was ist mit Kommunen, die entgangene Einnahmeverluste geltend machen? Alles elementare Fragen, die gründlich geklärt werden müssen und – auf gar keinen Fall ohne Beteiligung der kommunalen Familie einseitig beantwortet werden dürfen.

Anrede,

im Kern geht es doch um ein uraltes FDP-Thema: Das Senken von Steuern. Sie fordern hier eine Bremse für Grund- und Gewerbesteuer. Das begründen Sie mit

vermeintlichen Fehlanreizen im kommunalen Finanzausgleich, die die Kommunen aus Ihrer Sicht dazu verleitet, stetig die Steuern zu erhöhen.

Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass diese These, die sie hier aufstellen, sehr gewagt und beim besten Willen nicht belegt ist. Bei so einem komplexen Konstrukt wie dem Finanzausgleich mit einer Vielzahl von Mechanismen und Wirkungsweisen sind wir alle gut beraten, keine Schnellschüsse zu wagen.

Ich bezweifle, dass man es sich so einfach machen und sagen kann: „Es gibt da genau diesen einen Grund, der genau diesen Effekt hat.“ Abgesehen davon lässt es sich ohne fundierte Überprüfung gar nicht belegen, dass es eine stete Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer gibt, um davon im Finanzausgleich zu profitieren. Deswegen ist es vollkommen richtig und angemessen, dass das Innenministerium potenzielle Ursachen und Anreize sachlich fundiert untersucht und erst danach Schlüsse daraus gezogen werden.

Und wenn sich dann daraus die Notwendigkeit von Änderungen im Finanzausgleich ergeben sollten, sollten wir diese als Land nicht einfach beschließen, sondern eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammenarbeiten. Das macht nämlich eine gute Landespolitik für die Kommunen aus, meine Damen und Herren.

Wenn wir uns den Finanzausgleich in seiner jetzigen Form anschauen, dann sehen wir dort viele gute und sinnvolle Mechanismen. Es war doch gewollt, dass der Finanzausgleich vergleichsweise sehr niedrige Steuersätze nicht honoriert. Wir wollen doch gerade nicht, dass Kommunen mit möglichst geringen Steuersätzen sich gegenseitig Betriebe und Anwohner abwerben.

Gewerbetreibende und Grundstückseigentümer sollen ihren angemessenen Teil zahlen, wir wollen keinen ruinösen Wettbewerb zwischen unseren Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und zu guter Letzt ist es auch wichtig, dass Städte und Gemeinden die nötigen Handlungsspielräume haben. Wir wissen alle, wie eng es in den kommunalen

Haushalten sein kann. Wie wenig Geld oft für die vielen Aufgaben vorhanden ist. Da ist es wichtig, dass die Kommunen ein eigenes wirksames Instrument der Einnahmgestaltung haben und es nicht nur auf das Kürzen der Ausgaben hinausläuft. In der Realität sehen wir doch, dass eben genau das der Grund ist, wenn Kommunen die Steuersätze anheben. Wir tun gut daran, den Kommunen diesen Freiraum zu lassen und sie nicht noch weiter einzuschränken.

Meine Damen und Herren,

der Antrag der FDP ist ein Schnellschuss, der sachlich unzureichend hinterlegt und begründet ist. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es mal wieder nur darum gehen soll, die Steuersätze zu drücken und so einem alten Traum hinterherzulaufen.

Diese Koalition wird sich darauf nicht einlassen, sondern mit der angemessenen Ruhe und Gründlichkeit etwaige Schwachstellen des Finanzausgleichs prüfen und ggf. abstellen. Mit einer vorschnellen Bremse für Grund- und Gewerbesteuern schaden wir den Kommunen in unserem Land und schwächen die öffentliche Hand bei der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben.

Ich freue mich auf das Ergebnis der Untersuchungen des Innenministeriums und die dann darauffolgenden Ausschussberatungen.

Herzlichen Dank!